

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 83. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Januar 2015, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Eka von Kalben

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Johannes Callsen

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Förderung von Innovationsassistenten	4
Vorlage des Landesrechnungshofs Umdruck 18/3531	
Vorlage des Wirtschaftsministeriums Umdruck 18/3613	
Votum des Landtags Drucksache 18/323 Textziffer 27	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/2234	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Umdruck 18/3876	
3. Information/Kenntnisnahme	7
4. Bericht des Landes Schleswig-Holstein an den Stabilitätsrat	8
Umdruck 18/3824	
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur Hochschulmedizin Umdruck 18/3882	
5. Terminplanung 2015	12
6. Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Förderung von Innovationsassistenten

Vorlage des Landesrechnungshofs

[Umdruck 18/3531](#)

Vorlage des Wirtschaftsministeriums

[Umdruck 18/3613](#)

Votum des Landtags

[Drucksache 18/323](#) Textziffer 27

Herr Dr. Nägele, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, führt in [Umdruck 18/2613](#) ein und bekräftigt die Haltung der Landesregierung, das Förderprogramm Innovationsassistent als eine effektive Maßnahme zur Schaffung von Arbeitsplätzen im FuE-Bereich in kleinen und jungen Unternehmen fortzuführen.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, sieht in der Förderung von Innovationsassistenten eine direkte Lohnsubventionierung, die nicht geeignet sei, das eigentliche wirtschaftspolitische Ziel zu erreichen.

Herr Hartmann vom Landesrechnungshof macht darauf aufmerksam, dass die in der Vorlage des Wirtschaftsministeriums genannten Zahlen nicht nachweislich auf die staatliche Förderung zurückzuführen seien. Im Rahmen der Prüfung habe der Rechnungshof den Eindruck gewonnen, dass mit ein bisschen Kreativität und Geschick jeder auch nur denkbare Arbeitsplatz für einen Akademiker förderfähig sei. Andere stärker projektorientierte Instrumente der WTSH zur betrieblichen Innovationsförderung seien wesentlich erfolgversprechender und besser geeignet, Mitnahmeeffekten vorzubeugen.

Für Abg. Dr. Garg steht außer Frage, dass Unternehmen gerade in Zeiten des Fachkräftemangels Mitarbeiter auch ohne staatliche Förderung einstellen. Er hält an dem Votum des Landtags ([Drucksache 18/323](#)) fest, die Förderung von Innovationsassistenten nicht fortzuführen.

Ungeachtet der Schwierigkeit, Effekte der Wirtschaftsförderung nachzuweisen, sieht Abg. Herdejürgen in der Förderung von Innovationsassistenten angesichts der Konkurrenzsituation eine Hilfestellung für kleine, junge Unternehmen.

Abg. Harms begrüßt, dass sich durch die Einstellung von Innovationsassistenten das Ausbildungsniveau in kleinen Unternehmen erhöhe. Er möchte wissen, welche konkreten Innovationen mithilfe der Innovationsassistenten in den Unternehmen umgesetzt worden seien.

Auch Abg. Sönnichsen fragt nach den Ergebnissen und dem Volumen der Förderung.

Staatssekretär Dr. Nägele erwidert, kleine Unternehmen würden mit maximal je 24.000 € über zwei Jahre gefördert. Die Förderung von Innovationsassistenten, die nicht auf der Förderung von Investitionen basiere, unterstütze junge Unternehmen im Innovationswettbewerb in der Anfangsphase im personellen Bereich. Das Wirtschaftsministerium werde dem Finanzausschuss einen Bericht der WTSH über die Ergebnisse der Förderung zuleiten. Man habe 297 Innovationsassistenten unterstützt; eine Anschlussfinanzierung sei in Form einer BFEI-Förderung möglich. Die Vollzugshinweise des Rechnungshofs nehme man bei der Neufassung der Förderrichtlinie für die neue Förderperiode auf. Von den insgesamt 317 Förderfällen entfielen 91 Fälle auf Unternehmen, die bereits einmal mit einem Innovationsassistenten gefördert worden seien. Man wolle Stärken stärken und unterschiedliche Innovationsprojekte - auch im selben Unternehmen - fördern können.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht [Umdruck 18/3613](#) zur Kenntnis und wartet auf den Ergebnisbericht des Wirtschaftsministeriums.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/2234](#)

(überwiesen am 9. Oktober 2014 an den Finanzausschuss und alle weiteren Ausschüsse)

hierzu: [Umdrucke 18/3580, 18/3592, 18/3631, 18/3634, 18/3635, 18/3756, 18/3757, 18/3759, 18/3761, 18/3773, 18/3775, 18/3776, 18/3777](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/3876](#)

Der Ausschuss beschließt, zu dem Gesetzentwurf und dem Änderungsantrag der CDU am 26. Februar 2015 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Der Gesetzentwurf soll in der März-Tagung des Landtags in zweiter Lesung behandelt werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

- [Umdrucke 18/3649](#) und 18/3778 - Landesforsten
- [Umdruck 18/3662](#) - Steuerung von Betrieben der öffentlichen Hand
- [Umdruck 18/3663](#) - Europäische Bankenabgabe
- [Umdruck 18/3729](#) - Sicherheit im Luftraum
- [Umdruck 18/3730](#) - Pflegekammer
- [Umdruck 18/3731](#) - ÖPP-Projekte
- [Umdruck 18/3732](#) - Gesundheitswirtschaftskongress
- [Umdruck 18/3733](#) - Gebühren im Immissionsschutz
- [Umdruck 18/3751](#) - Beschlüsse der 28. Veranstaltung „Jugend im Landtag“
- [Umdruck 18/3825](#) - Über- und außerplanmäßige Ausgaben IV/2014
- [Umdruck 18/3826](#) - Rücklagen Hochschulen

Abg. Dr. Garg nimmt Bezug auf [Umdruck 18/3732](#) - Zuschussbedarf des Gesundheitswirtschaftskongresses - und mahnt eine zeitnahe Beantwortung von Abgeordnetenfragen durch die Landesregierung an. Außerdem bezweifelt er, dass die Rechtsaufsicht über die Pflegeberufekammer ([Umdruck 18/3730](#)) mit nur 0,2 VK wahrgenommen werden könne.

Das Thema Naturwald, [Umdrucke 18/3649](#) und 18/3778, will der Finanzausschuss gemeinsam mit dem Umwelt- und Agrarausschuss beraten. Der Ausschuss nimmt die übrigen Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht des Landes Schleswig-Holstein an den Stabilitätsrat

[Umdruck 18/3824](#)

hierzu: Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur Hochschulmedizin

[Umdruck 18/3882](#)

Finanzministerin Heinold führt aus, die Landesregierung schreibe die Konsolidierungsmaßnahmen im Bericht an den Stabilitätsrat fort. Seit Oktober 2011 befinde sich die Maßnahme zur Hochschulmedizin im Bericht an den Stabilitätsrat. Die einzelnen Maßnahmen würden von Jahr zu Jahr verändert und präzisiert. Im Oktober 2011 habe die damalige Landesregierung an den Stabilitätsrat die Maßnahme „Studienplätze in der Medizin“ gemeldet, und der Finanzausschuss habe empfohlen, die Aufnahmekapazitäten der vorklinischen und klinischen Studienplätze anzugleichen. Eine Arbeitsgruppe habe prüfen sollen, ob und unter welchen Bedingungen dies möglich sei.

Im Oktober 2012 habe die neue Landesregierung statt der Reduzierung der Zahl der Medizinstudienplätze auf eine Effizienz innerhalb der Hochschulstruktur gesetzt. Das sei im Bericht vom 8. Oktober 2012 unter der Überschrift „Neuordnung der Hochschulmedizin“ formuliert worden. Darin sei die Summe der möglichen Entlastung von 20 Millionen € im Jahr enthalten. Damit sei dem Parlament seit Herbst 2012 bekannt, dass durch Effizienz innerhalb der Hochschulmedizin eine Haushaltsentlastung von 20 Millionen € stattfinden solle.

Im jetzigen Bericht an den Stabilitätsrat ([Umdruck 18/3824](#)) habe man die Maßnahme „Neuordnung der Hochschulmedizin“ weiter präzisiert. Zum einen beziehe man sich auf die „Road Map“ des UKSH (10 Millionen €), zum anderen werde eine Summe von 10 Millionen € bis zum Jahr 2020 zur Effizienzsteigerung in der Hochschulmedizin definiert. Als Finanzministerin werde sie sich dafür einsetzen, dass in allen Bereichen der Landesverwaltung effizient und wirtschaftlich gearbeitet werde.

Auch die Hochschulen müssten sich effizient aufstellen - unabhängig von der Höhe der Grundausstattung und berechtigten Finanzierungsnotwendigkeiten der Hochschulen. Effizienzsteigerungen müssten auch innerhalb der Hochschulmedizin angestrebt werden. Wenn eine Konsolidierungsmaßnahme aus dem Bericht an den Stabilitätsrat herausgenommen wer-

den solle, müsse sie durch andere Maßnahmen in der gleichen Größenordnung ersetzt werden. Der nächste Bericht an den Stabilitätsrat werde zum 30. April 2015 vorgelegt.

Abg. Koch stellt klar, dass die jetzige Meldung der Landesregierung an den Stabilitätsrat nichts mit der Meldung der damaligen Landesregierung an den Stabilitätsrat zu tun habe. Er unterstützt die Intention des Antrags der Koalition, [Umdruck 18/3882](#), und beantragt folgende Ergänzung: „... und dem Stabilitätsrat entsprechende Ersatzmaßnahmen **schnellstmöglich** zu benennen, **die im Vorwege im Finanzausschuss beraten werden**“. Die Einsparung von 10 Millionen im Bereich des UKSH hält er angesichts der Höhe des Defizits des UKSH für eine „Luftbuchung“.

Auch Abg. Dr. Garg lehnt es ab, den Hochschulen Mittel für Forschung und Lehre zu entziehen, wie es auch die damalige Landesregierung nicht gewollt habe, und bezweifelt, dass vom UKSH eine zusätzliche Einsparung von 10 Millionen € erwirtschaftet werden könne. Er fragt die Landesregierung, wieweit die Verhandlungen mit dem UKSH zur Fusion von Kliniken fortgeschritten seien.

Herr Dr. Nimmermann, Staatssekretär im Finanzministerium, weist darauf hin, dass im Aufsichtsrat des UKSH vierteljährlich über Maßnahmen zur Effizienzsteigerung berichtet werde.

Abg. Andresen erinnert daran, dass der ehemalige Finanzminister Wiegard dem Stabilitätsrat den Abbau von Studienplätzen ohne ein Volumen gemeldet und die Konkretisierung der nachfolgenden Regierung überlassen habe. Gemeinsam mit Abg. Harms erklärt er, vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Unterfinanzierung der Hochschulen wolle die Koalition die Situation an den Hochschulen nicht durch weitere Kürzungen verschärfen und beantrage, den Zuschussbetrag für Forschung und Lehre in der Hochschulmedizin nicht um 10 Millionen € abzusenken ([Umdruck 18/3882](#)).

Abg. Schmidt beantragt, die Dekane der Medizinischen Fakultäten der Universitäten Kiel und Lübeck zu befragen, welche Möglichkeiten es gebe, in der Hochschulmedizin weitere Effizienz zu erreichen.

Präsidentin Dr. Schäfer regt an, dem Finanzausschuss die Stellungnahmen des Landes an den Stabilitätsrat rechtzeitig vorzulegen und im Ausschuss zu erörtern. Die zusätzliche Einsparung im Bereich des UKSH sei unrealistisch.

Finanzministerin Heinold weist noch einmal darauf hin, dass dem Parlament seit Ende Oktober 2012 bekannt sei, dass im Bereich der Hochschulmedizin Synergieeffekte von insgesamt

20 Millionen € gehoben werden sollten. In [Umdruck 18/2758](#) vom 30. April 2014 heiße es: „Dadurch werden ab 2016 Synergieeffekte gehoben, sodass der Zuschuss an die Hochschulen für FuL gesenkt werden kann.“

In der „Road Map“ des UKSH heiße es: „Ziel der Maßnahmen ist es, den sonst notwendig werdenden Defizitausgleich durch das Land um mindestens 10 Millionen €jährlich bis spätestens 2020 zu senken.“ Jede Reduzierung des UKSH-Defizits bedeute eine Entlastung für das Land. ber den Umgang mit den Schulden des UKSH müsse man sich Gedanken machen.

Abg. Koch vertritt die Auffassung, dass die an den Stabilitätsrat gemeldete Maßnahme von 10 Millionen €im Bereich des UKSH zur Sanierung des Landeshaushalts nicht taue.

Finanzministerin Heinold weist darauf hin, dass der Stabilitätsrat die Maßnahme anerkenne, dass das UKSH sein Defizit mithilfe von Effizienzmaßnahmen absenken wolle. Zur Hochschulmedizin stellt sie abschließend noch einmal heraus, dass es dem Finanz- und Wissenschaftsministerium darum gehe, Synergieeffekte zu heben und die Hochschulmedizin möglichst effizient aufzustellen.

Abg. Dr. Garg wiederholt, er halte die der „Road Map“ zugrunde liegenden Annahmen für zu optimistisch und sei skeptisch, dass die prognostizierten Millionenbeträge tatsächlich erwirtschaftet würden.

Die von Abg. Koch beantragten Ergänzungen des Koalitionsantrags [Umdruck 18/3882](#) werden mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt. Einstimmig wird sowohl der Antrag 18/3882 in unveränderter Fassung als auch der Antrag von Abg. Schmidt auf Anhörung der Dekane der Medizinischen Fakultäten angenommen. Der Vorsitzende bittet die Fraktionen, über den Vorschlag von Präsidentin Dr. Schäfer nachzudenken, die Stellungnahme des Landes an den Stabilitätsrat in Zukunft vorher im Finanzausschuss zu beraten.

Abg. Dr. Garg spricht außerdem das Thema Eingliederungshilfe an ([Umdruck 18/3824](#), Seite 10, Punkte 4 und 5). Der Finanzausschuss beschließt, das Thema in der nächsten Sitzung, am 29. Januar 2015, mit der Spitze des Sozialministeriums zu beraten, und nimmt [Umdruck 18/3824](#) zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Terminplanung 2015

Am 5. Februar 2015 wird der Ausschuss gemeinsam mit dem Bildungs- und Sozialausschuss über das Thema UKSH beraten.

Am 28. Mai und 4. Juni 2015 finden keine Ausschusssitzungen statt (wegen Fraktionsreisen von CDU und SPD); die Sitzung am 17. Dezember wird auf den 10. Dezember (Beschlussfassung Haushalt) verlegt (wegen Verlegung der Dezember-Tagung des Landtags).

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Finanzausschuss nimmt ein Schreiben des Landesverbands der Gartenfreunde zur Kenntnis.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 12:25 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer